Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks. Ältestes Blatt im Bezirk. - - - Erscheint seit 1846.

Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — — Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.55, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.70; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 4.65 ohne Zustellungsgebühr.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 548. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Grundzeile (Zim. Messe 14) oder deren Raum 50 Pfg., örtliche Anzeigen 40 Pfg. Im Textteil (Zim. Messe 15) 120 Pfg. die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gespaltene Zeile 100 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 49. **Sonntag, den 29. Februar 1920.** **74. Jahrgang.**

Der suspendierte Erzberger.

Mit jener Erklärung, in der er dem Vorwurf der Steuerhinterziehung zu begegnen suchte, hat es sich Herr Erzberger, der Vielgewandte, denn doch leichter gemacht, als er es sich hätte machen dürfen. Es war neben anderen Sachen behauptet worden, daß er die 40 000 M, die er für seine Tätigkeit bei der Firma Thyssen als Jahresgehalt bezog, in seiner Steuererklärung nicht angegeben, den dieser Einkommenssumme entsprechenden Steuerbetrag also glatt hinterzogen habe. Was hat Erzberger hierauf geantwortet? Hat er erklärt, daß diese Behauptung erstunken und erlogen sei, daß er seine Pflicht als Steuerzahler genau so getreulich erfüllt habe, wie er als Reichsfinanzminister von allen Steuerzahlern verlangte und daß er den Beweis dafür unverzüglich vor aller Welt erbringen werde? Nichts davon! Er hat sich damit begnügt, zu betonen, daß er es nicht nötig habe, seine Einkommens- und Steuerverhältnisse auf Markt und Gassen zu erörtern und daß es eine Gemeinheit sei, Aktenstücke, die ihrer Natur nach geheim seien, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wie gesagt, das war zu wenig. Es war zu wenig für jeden beliebigen Herrn Müller oder Schulze, es war erst recht zu wenig für den Reichsfinanzminister, der Dutzende von Reden gehalten hatte, um dem deutschen Steuerzahler das Gewissen zu schärfen und ihm zum Bewußtsein zu bringen, daß er sich mitschuldig mache an dem Ruin des Vaterlandes, wenn er seiner Steuerpflicht nicht bis zum Letzten gerecht werde.

Mit Herrn Erzberger stand es schon lange schlecht, und er selbst ist allgemach zu der Erkenntnis gelangt, daß er ein verlorener Schwimmer in der Brandungswelle sei. Noch ungefähr in der Mitte der vergangenen Woche erklärte er vor Gericht, daß er für die nächsten Tage nach dem 24. Februar schwer abkömmlich sein werde, da er in diesen Tagen die große Finanzvorlage in der Nationalversammlung zu vertreten habe. Damals also fühlte sich Herr Erzberger allem Anschein nach noch vollkommen sicher, und jedenfalls dachte er garnicht daran, der Ansicht derer Rechnung zu tragen, die der Meinung waren, daß bereits die bis dahin vorliegenden Ergebnisse des Prozesses ausreichten, um ihn so schwer zu kompromittieren, daß er seines Amtes nicht mehr walten könne, daß er mindestens verpflichtet wäre, sich solange von seinem Amt zurückzuziehen, bis durch das Urteil des Gerichts klargestellt sei, was es mit Leben, Meinungen und Taten des Herrn Erzberger für eine Bewandtnis habe. Aber schon Ende der Woche klang das Lied wesentlich gedämpfter. Da erklärt plötzlich Herr Erzberger, daß er die Vertretung der Finanzvorlagen im Reichstag seinem Unterstaatssekretär überlassen habe, da er sich zwecks schnellerer Beendigung des Prozesses dem Gerichtshof zur Verfügung halten wolle. Das war ein offenbarer Rückzug. Aber Herr Erzberger hatte diesen Rückzug so gut maskiert, daß er im allgemeinen als solcher nicht erkannt wurde. In Wahrheit blieb ihm natürlich garnichts weiter übrig, als die Vertretung der Reichsfinanzvorlage in der Nationalversammlung einem anderen zu überlassen, denn es hätte, wenn er selbst unbekümmert um das, was in Moabit vor sich gegangen war, auf der Reichstagstribüne erschienen wäre, einen Skandal gegeben, wie ihn das Wallothaus noch nicht erlebt hat.

Inzwischen ist nun die Steuerhinterziehungsbombe geplatzt und der durch diese Explosion verursachte Luftdruck hat Herrn Erzberger, der bisher allen Stürmen mit einem Mut getrotzt hat, um den ihn nur wenige beneiden werden, glatt auf den Rücken geworfen. Herr Erzberger ist vom Amt suspendiert worden. Ob diese Suspension auf eigenen Wunsch des Herrn Erzbergers geschehen ist, wie er behauptet, oder ob das Reichskabinett ihm nahe gelegt hat, zunächst einmal aus der Regierung zu verschwinden, bis ein Prozeß und die Untersuchung der Steuerangelegenheit beendet seien, das kann dahingestellt sein. Das eine steht jedenfalls fest: wenn im gegenwärtigen Augenblick die Regierung sich veranlaßt sieht, zunächst einmal eine Scheidewand zwischen sich und dem Herrn Finanzminister zu ziehen, so ist das ein Schritt, der dem Herrn Erzberger für seine Position in Moabit auf keinen Fall förderlich sein kann, ein Schritt, der, wenn man will, sogar als ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren gedeutet werden kann. Und wenn die Regierung sich zu einem solchen Schritt entschließt, so muß es weiß Gott schlimm um Herrn Erzberger stehen.

Die Regierung wird sich noch die Frage vorzulegen haben, ob sie nicht gut getan hätte, den Schritt, den sie heute zu tun gezwungen ist, freiwillig schon vor Beginn des Prozesses zu tun. Indessen: die Sache Erzberger liegt dem Richter vor und da wir seinem Spruch nicht vorgreifen wollen, so mag es heute bei dem Gesagten bewenden. Es wird noch unendlich viel über den Fall Erzberger zu sagen sein.

*

Die Männer der Regierung und der Regierungsparteien scheinen in ihrer Verlegenheit über die ungeheuere Blamage des Erzbergerprozesses sich den Spaß erlauben zu können, sich immer noch schützend vor Erzberger zu stellen. Namentlich empfindet man es anscheinend überaus peinlich, daß der Erzbergerprozeß von deutschnationaler Seite in die Wege geleitet wurde. Ein aus Regierungsparteikreisen gespeistes Berliner Nachrichtenbureau verbreitet folgende Darstellung der politischen Lage:

Es darf aber schon jetzt als sicher vorausgesagt werden, daß Erzberger, einerlei wie der Prozeß ausfällt, nach Beendigung desselben seine endgültige Demission einreichen wird. In Regierungskreisen ist man mit allen Mitteln darauf bedacht, darauf hinzuweisen, daß ein Rücktritt Erzbergers nicht eine Folge der deutschnationalen Angriffe sein würde. Das System, das Dr. Helfferich in seinen Schriften wie auch in dem Prozeß mit aller Schärfe brandmarkt, ist letzten Endes nicht das neue deutsche System der republikanischen Regierung, sondern das, in dem Dr. Helfferich selbst als Staatssekretär und Vizekanzler eine große Rolle gespielt hat.

Ähnlich drückt sich auch eine Meldung des „Acht-Uhr-Abendblattes" über die Auffassung in parlamentarischen Kreisen aus. Die „Tägliche Rundschau" bemerkt hierzu: Angesichts der ungeheuerlichen Bloßstellung des führenden Gliedes der Regierung und der Regierungsparteien, des Herrn Erzberger, ist es vom Standpunkte der Koalition ein Zeichen von Beschränktheit, wenn man in den Regierungsparteikreisen glaubt, die Öffentlichkeit mit solchen Dingen vom Kernpunkt ablenken und täuschen zu können. Wenn die Regierungsparteien oder die Regierung selbst sich noch immer in irgendeiner Weise schützend vor Herrn Erzberger stellen wollen, so haben wir von unserem politischen Standpunkt aus insofern dagegen nichts einzuwenden, weil sie sich mit dieser Politik selbst das Wasser abgraben. Was die „Magdeburgische Zeitung" von der Regierung forderte, nämlich die Erklärung: mit dem „Kollegen" Erzberger wollen wir nichts mehr zu schaffen haben, hätte jeder anständige Mensch erst recht auch von den Regierungsparteien erwarten dürfen. Hätten sie Schamgefühl im Leibe, würden sie Herrn Erzberger längst fallen gelassen haben, auch auf die „Gefahr" hin, daß der Sturz des Herrn Erzberger, wie es die „Freiheit" bereits angekündigt hatte, als ein Sieg der nationalen Elemente angesehen worden wäre. Statt dessen bringt man es in parlamentarischen oder Regierungskreisen fertig, die Sache so zu drehen, als ob die von Helfferich enthüllte Korruptionswirtschaft des führenden Regierungsmitgliedes Erzberger im Grunde genommen das alte System treffe. Das ist geradezu ungeheuerlich! Das alte System in der Kriegszeit wurde beherrscht, wie jedes Kind weiß, von Herrn Erzberger und von Herrn Scheidemann. Jede Aussage im Helfferich-Prozeß am gestrigen Tage hat erkennen lassen, wie die schwache Regierung des alten Systems unter der Führung des Herrn v. Bethmann unter der Knute des Herrn Erzberger und seinem weitreichenden Einflusse gestanden hat. Erzberger und Scheidemann aber waren die Repräsentanten der Mehrheitsparteien, die sich im Juli 1917 offiziell zu einem Block zusammengeschlossen hatten. Und diese Mehrheitsparteien sind heute die Regierungsparteien. Mithin sind die heutigen Regierungsparteien die Schuldbeladenen, auch für die Sünden des alten Systems in der Kriegszeit.

Nationalversammlung.

Berlin, 27. Februar. Nach einer Reihe kleiner Anfragen folgt die 2. Beratung des Entwurfs eines **Reichseinkommensteuergesetzes.** Mit der Beratung des § 1 wird eine allgemeine Aussprache verbunden.

Abg. **Blunck** (Dem.) als Berichterstatter bezieht sich auf den schriftlichen Bericht und führt aus: Inzwischen sei eine große Reihe von Eingaben eingegangen. Eine solche der rheinisch-westfälischen Handelskammer protestiert gegen die Überhastung bei der Beratung dieses Gesetzes, die eine sachliche Prüfung unmöglich mache. Die Nationalversammlung habe keineswegs die Steuergesetze überstürzt, sondern eingehend beraten. Der Ausschuß habe die vielen Abänderungsanträge auf das sorgfältigste geprüft.

Sonnabend 1 Uhr Fortsetzung.

Der Verkauf des Radeberger Feuerwerkslaboratoriums.

Der Verkauf des Radeberger Feuerwerks-Laboratoriums war Verhandlungsgegenstand der am Donnerstag nachmittag im Ministerialgebäude abgehaltenen Pressekonferenz. Ihr Zweck war, die Angelegenheit in vollem Umfange und in allen Einzelheiten ohne Rückhalt aufzuklären.

Zunächst schilderte Arbeitsminister Heldt in längerer Rede die geschäftliche Entwicklung der Werke seit der Revolution und die von ihm geführten umfänglichen Verhandlungen, die schließlich zu dem Verkauf der Werke führten. Sodann wurde durch die zahlreich anwesenden Vertreter der Presse alles, was ihnen zu der Frage an Einzelheiten und kritischen Bedenken bekannt war, vorgetragen und begründet. Absichtlich wurde auch aller Klatsch zur Besprechung gebracht, der den anwesenden Herren über die Radeberger Angelegenheit irgend zu Ohren gekommen war. Es wurde beschlossen, das Verhandlungsergebnis in einer von der amtlichen Nachrichtenstelle der Staatskanzlei abzufassenden Notiz der Öffentlichkeit bekanntzugeben, die wir nachstehend wiedergeben:

„Der Gesamteindruck der Pressekonferenz war, daß von den in der Öffentlichkeit erhobenen Einwänden und Beschuldigungen, so naheliegend und begreiflich sie zunächst erscheinen mochten, nichts aufrechterhalten werden kann und daß gegen keine Regierungsstelle, keinen Beamten der Regierung irgend ein Vorwurf aus dieser Angelegenheit abzuleiten ist.

Die Fülle der zu diesem Ergebnis führenden Einzelheiten und Gründe läßt sich aus Raummangel nicht wiedergeben. Außerdem wäre es unzweckmäßig, alle Einzelheiten der weitschichtigen Verhandlungen öffentlich bekannt zu geben, weil dies künftige Verhandlungen der sächsischen Regierung mit der Reichsregierung oder mit Vertretern der Arbeiterschaft oder der Industrie erschweren würde.

Zwei Fragen haben in der Presse besonders interessiert: Warum ist „die gesamte Anlage" des Radeberger Werkes, „wie sie steht und liegt" für nur anderthalb Millionen Mark an das Konsortium verkauft worden? Und warum sind die Werke nicht vom sächsischen Staate sozialisiert worden?

Zunächst müssen die Worte „die gesamte Anlage, wie sie steht und liegt", richtig verstanden werden. In dem Kaufpreis war nicht inbegriffen, was nicht mehr stand und lag, was also an Betriebsmitteln und Rohstoffen schon anderweit verkauft und verwertet worden war. Außerdem führt der Vertrag selber eine große Menge von Betriebsmitteln und alle Rohstoffe besonders auf, die nicht in dem Verkaufspreise von anderthalb Millionen einbegriffen sind, weil sie teils an andere Käufer, teils zwar an die neuen Eigentümer der Radeberger Werke, aber zu besonders vereinbarten Verkaufspreisen abgegeben wurden. Immerhin läßt dies alles noch den Einwand bestehen, daß tatsächlich die umfänglichen Grundstücke und zahlreichen und kostspieligen Gebäude des Radeberger Werkes zu einem Verkaufspreis abgegeben worden sind, der nur einen Bruchteil dessen darstellt, was für viel kleinere Fabrikgrundstücke gezahlt wird.

Die Radeberger Werke waren in ihrer Anlage ganz auf den Betrieb als Feuerwerks-Laboratorium zugeschnitten. Sie wurden dadurch für andere Industriezwecke außerordentlich entwertet. Weite Entfernung der Gebäude von einander, was kostspieligen Transport der zu bearbeitenden Werkstücke im Gelände der Anlage selber erfordert, eine höchst ungünstige Heizanlage, die fast unerschwingliche Kohlenmengen verschlingt, wenn sie überhaupt betrieben werden soll, das Fehlen von Kraftmaschinen und die Unsicherheit, ob die erforderliche Betriebskraft in absehbarer Zeit ausreichend zu beschaffen ist, das sind so einige der wertmindernden Umstände. Der große Umfang des Geländes erfordert u. a. die Einstellung von so viel Wächtern, daß allein deren jährliches Gehalt größer ist als die Miete, die für ein ansehnliches Fabrikgrundstück von günstigerer Anlage zu entrichten wäre. Hinzu kommt eine weitere nicht minder beträchtliche Wertminderung. Die Käufer mußten nämlich nicht nur an das Reich die anderthalb Millionen bezahlen, sondern zugleich dem sächsischen Staate gegenüber die in der Presse bereits mitgeteilte Verpflichtung übernehmen, auch während der zeitraubenden und kostspieligen Umstellung der Werke auf den geplanten Friedensbetrieb 800 Arbeiter fortlaufend zu beschäftigen und zu besolden. Diese Ausgabe hat für die sächsischen Heeresbetriebe, zu denen Radeberg gehörte, während des letzten Jahres 58 Millionen